

BACKBORD

Zeitung der Fraktion DIE LINKE
in der Hamburgischen Bürgerschaft

DA GEHT NOCH

MEHR

**HAMBURGS KASSEN WERDEN IMMER VOLLER.
DARUM: SCHLUSS MIT DEN KÜRZUNGEN!**

Sparen trotz voller Kassen?

Seite 2

Hamburgs Infrastruktur bröckelt

Seite 4

Voller Einsatz für die Pflege

Seite 6

Entschlossen gegen Rechts

Seite 8

DIE LINKE.

Fraktion in der
Hamburgischen Bürgerschaft

HAMBURGER HAUSHALT

DA GEHT NOCH MEHR



Liebe Hamburgerinnen und Hamburger,

Hamburg ist eine reiche Stadt, vielleicht so reich wie noch nie. Die Kasse des Finanzsenators ist voll. Und das trotz Elbphilharmonie und HSH Nordbank. Doch der Überschuss wurde teuer erkauft:

- Jahrelang hat der Senat Ausgaben in nahezu allen Bereichen systematisch gekürzt, Personal abgebaut, Öffnungszeiten eingeschränkt, Angebote eingestampft. Manche sozialen und kulturellen Einrichtungen haben das nicht überlebt und sind unwiederbringlich verloren.
- Auch an der Instandhaltung des städtischen Besitzes wurde kräftig gespart. Dadurch verfielen Parks, Gebäude und Verkehrswege.
- Immer mehr Menschen arbeiten befristet und zu Ramschlöhnen. Das ist gut für die Konzernbilanzen, aber schlecht für die Menschen. Nicht nur für diejenigen, die direkt darunter leiden. Sondern letztlich für alle.

Denn eine gerechte Verteilung des Reichtums ist eine Voraussetzung für den Zusammenhalt der Gesellschaft. Gerade in letzter Zeit mussten wir beobachten, wohin es führt, wenn sich breite Schichten von der Gesellschaft ausgeschlossen fühlen.

Ungerechtigkeit ist nichts weniger als eine Gefahr für die Demokratie. Wer die Demokratie verteidigen will, muss Ungerechtigkeit bekämpfen!

Sabine Boeddinghaus und Cansu Özdemir

*(Vorsitzende der Fraktion
DIE LINKE in der Hamburgischen
Bürgerschaft)*

Selten war so viel Geld in Hamburgs Steuerkasse. Doch der rot-grüne Senat hält an seiner Politik der Kürzungen fest. Dabei bräuchte Hamburg dringend Investitionen in die Infrastruktur, vor allem im sozialen Bereich

Hamburgs Steuereinnahmen steigen von Rekord zu Rekord. Zuletzt im Frühjahr erhöhte der Finanzsenator erneut die Prognose: Bis 2022 kommt eine Milliarde Euro mehr in die Kasse, als er geplant hat! Auch die Bundesregierung meldet immer neue Höchststände: So nahmen Bund, Länder, Kommunen und Sozialversicherung im ersten Halbjahr 2018 fast 50 Milliarden Euro mehr ein, als sie ausgaben. Damit machten sie bis Ende Juni bereits mehr Plus als im gesamten Jahr 2017. Weniger rekordverdächtig ist dagegen das, womit die öf-

fentlichen Einrichtungen unserer Stadt auskommen müssen. Deren Lage hat sich im Gegensatz zu den Staatsfinanzen in den letzten Jahren nämlich nicht verbessert, sondern verschlechtert!

So wie bei der „Werkstatt 3“ in Altona. 100.000 Euro städtischen Zuschuss bekommt das Stadtteilzentrum jedes Jahr von der Stadt. Das Problem: Diese Summe hat sich seit 40 Jahren nicht verändert! Berücksichtigt man, wie stark die Preise und die Löhne in dieser Zeit gestiegen sind, ist der nie erhöhte Zuschuss an die „Werkstatt 3“ über diese Zeit faktisch halbiert worden. Kürzen durch ausbleibende oder un-

zureichende Erhöhungen: Das ist der Trick, mit dem der Hamburger Senat seine Bilanz schon seit vielen Jahren aufpeppt. So werden die Ausgaben der meisten städtisch geförderten Einrichtungen um lediglich 0,88 Prozent pro Jahr erhöht.

Weil deren Kosten aber jedes Jahr – unter anderem durch die Inflation – deutlich steigen, heißt das für Beratungsstellen, Bildungseinrichtungen und die Kinder- und Jugendarbeit: Sie müssen in jedem Jahr ein bisschen kürzen. Und im Jahr danach wieder. Und dann wieder. Bis sich die Einrichtungen fragen: Können wir überhaupt noch weitermachen?

MEHR für Sport

Turnhallen und Sportplätze sind in der Möchtegern-Olympia-Stadt Hamburg Mangelware, wertvolle Projekte wie „Kids in die Clubs“ und „Integration durch Sport“ müssen ums Überleben bangen. Keine Frage: Für den Sport tut der Hamburger Senat viel zu wenig. Alle zwei Jahre beim Aushandeln des neuen Sportförderungsvertrags muss der organisierte Sport wie ein Bittsteller um jeden Euro kämpfen. Gleichzeitig bewirbt sich die Stadt immer wieder um die Ausrichtung teurer Hochglanz-Events oder spendiert zum Beispiel 9 Millionen Euro für den Neubau der Tennis-Arena am Rothenbaum.

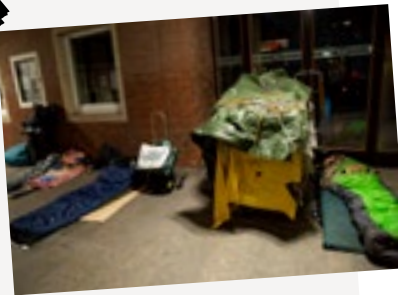
>>> Das will DIE LINKE: Runter mit der Förderung von Spitzensport und Großevents, dafür mehr Geld für den Breitensport!



MEHR für Soziales

Mehrere tausend Obdachlose leben in der Stadt der Reichen. Doch wir haben noch immer kein angemessenes Unterkunftsprogramm für Obdachlose! Amerikanische Städte haben gute Erfahrungen gemacht mit dem Programm „Housing first“, der gezielten Unterbringung von Obdachlosen in eigenen vier Wänden, um ihnen einen Weg in ein Leben ohne Armut zu bahnen. Berlin hat in diesem Sinne gerade die Mittel erhöht und eine ganz neue Einrichtung für Obdachlose geschaffen. Ein Vorbild auch für Hamburg!

>>> Das will DIE LINKE: Mit Armut dürfen wir uns nicht abfinden. Deshalb müssen wir mehr Geld locker machen für diejenigen, die am wenigsten haben – zum Beispiel für Obdachlose.



MEHR für Kultur

Kultur in Hamburg gibt es hauptsächlich dann noch, wenn man damit Geld verdienen kann. In den letzten Jahren dominieren Großevents, Musicals und Mainstream – während Stadtteilkultur, Off-Theater und Clubs ums Überleben kämpfen. Dass es so gekommen ist, liegt auch am schleichenden Rückzug der Stadt aus der Kulturförderung. Doch eine Kultur, die allein dem Kommerz überlassen wird, verliert ihre Seele!

>>> Das will DIE LINKE: Weg von der Kommerz- und Event-Kultur, hin zu einer Förderung der Stadtteil- und Club-Kultur.



MEHR für Beschäftigte

Seit Jahren leiden soziale, gesellschaftliche und kulturelle Einrichtungen in Hamburg unter der Kürzungspolitik des Senats. Die Folge: Die Löhne der Beschäftigten steigen kaum noch, weil die Einrichtungen nicht genügend Geld haben! Nun hat der Senat zwar – unter anderem auf Drängen der LINKEN hin – entschieden, dass städtische Einrichtungen den Mindestlohn auf 12 Euro erhöhen sollen. Doch entsprechende Mittel wurden im Haushalt nicht dafür bereitgestellt.

>>> Das will DIE LINKE: Schluss mit den Dauerkürzungen bei städtischen Beschäftigten – voller Ausgleich der Tarifsteigerungen. Einen öffentlich geförderten Arbeitsmarkt zur Bekämpfung der Erwerbslosigkeit. Und einen soliden Mindestlohn von 13 Euro für alle Hamburger Beschäftigten!



MEHR für die Umwelt

Hamburgs Luft ist viel zu schmutzig: Die Feinstaubbelastung liegt – trotz Mini-Dieselfahrverbots – weiterhin über den Grenzwerten. Noch immer setzt Hamburg bei der Energieerzeugung viel zu sehr auf Kohle. Die Klimaziele kehrt in Hamburg. Doch das ist viel zu wenig! Nur mit kräftigen Investitionen in die abgasarme und klimafreundliche Energieversorgung und in umweltfreundlichen Verkehr können wir die ökologische Wende schaffen.

>>> Das will DIE LINKE: Radikale Förderung von Bussen, Bahnen und Fahrrädern. Investitionen in Ökostrom und Klimaschutz. Sozialtickets auch für Kinder und Alte, perspektivisch fahrscheinfreien Nahverkehr.



DIE LINKE fordert eine Anti-Armuts-Strategie

Die Zahl der Menschen, die arm oder von Armut bedroht sind, steigt in Hamburg. Ihr Anteil kletterte von 13,1 Prozent im Jahr 2008 auf 15,7 Prozent im Jahr 2015. Das sind 285.000 Menschen! Der Anteil der von Armut betroffenen Alleinerziehenden hat mit 41 Prozent sogar einen Rekordwert erreicht. DIE LINKE will sich damit nicht abfinden und hat deshalb auf einer Veranstaltungsreihe und einem Fachtag unter dem Titel „Mut gegen Armut“ Ideen gesammelt: Was können wir tun gegen die Armut in unserer Stadt?

Aus den dort gesammelten Ideen hat DIE LINKE jetzt einen Vorschlagskatalog erarbeitet, den sie in Form eines Antrags in die Bürgerschaft einbringen wird. Darin enthalten ist die Idee eines beitragsfreien Frühstücks für Kinder und Jugendliche in Kitas und Schulen. Außerdem will DIE LINKE die Grundsicherung im Alter an die hohen Lebenshaltungskosten der Großstadt anpassen, so wie das in München bereits gemacht wird. Mit zusätzlichen Mitteln aus dem Hamburger Haushalt soll das Bildungs- und Teilhabepaket des Bundes aufgestockt werden. DIE LINKE will außerdem zusätzliche Familienzentren in den Bezirken aufbauen und die Offene Kinder- und Jugendarbeit besser fördern. Für Langzeiterwerbslose soll es ein landesfinanziertes Arbeitsmarktprogramm geben. Außerdem schlägt DIE LINKE eine Arbeitsgruppe „Armut“ vor, die Behörden, Wohlfahrtsverbände und zivilgesellschaftliche Akteurinnen und Akteure zusammenbringt. Der Kampf gegen die Armut muss oberste Priorität bekommen!

**MUT
GEGEN
ARMUT**

MEHR für Kinder und Jugendliche

Kinderarmut ist einer der größten Skandale überhaupt: In Hamburg ist im Durchschnitt jedes fünfte Kind von Armut betroffen – in manchen Stadtvierteln sogar jedes zweite. Doch der Senat tut viel zu wenig dagegen. Durch die jahrelange Kürzungspolitik mussten viele Einrichtungen der Offenen Kinder- und Jugendarbeit ihre Angebote einschränken.

>>> Das will DIE LINKE: Um von Armut betroffene Kinder und Jugendliche aufzufangen, muss die Stadt in die Jugendarbeit investieren, anstatt zu kürzen. Das Bildungs- und Teilhabepaket muss deutlich aufgestockt werden. Und es muss kostenloses Frühstück in Kitas und Schulen geben.



HAMBURGER HAUSHALT

HAMBURG

Seit Jahren spart die Stadt an der Instandhaltung der städtischen Infrastruktur. Die Katastrophe von Genua zeigt, dass das Sparen an Brücken & Co. sogar lebensgefährlich werden kann

Sportplätze, deren Tor-
netze löchrig und deren
Trainerbänke so morsch
sind, dass man sich bes-
ser nicht mehr draufsetzt.
Straßen, die dringend geflickt werden
müssten. Schulgebäude, die nieman-
den zum Lernen motivieren, weil sie
selber aussehen, als hätten sie schon
aufgegeben: Dass die Stadt Hamburg
ihre Aufgaben nicht mehr richtig
wahrnimmt, ist nicht erst bei näherem
Hinsehen unverkennbar.

Die Behörden wissen das. Jedes Jahr aufs Neue bemängelt der Landesrechnungshof, dass die Stadt Hamburg ihre Gebäude und Verkehrswege nicht ausreichend finanziert und dadurch quasi

kaputtspart. Selbst der Senat gibt zu, dass sich „in Hamburgs Infrastruktur über Jahrzehnte ein Sanierungsstau aufgebaut hat“.

Dennoch tut die SPD, die seit 2011 wieder den Ersten Bürgermeister stellt, viel zu wenig dagegen. Schuld daran ist auch das neoliberale Dogma vom „schlanken Staat“, an das SPD, CDU, AfD, FDP und Grüne fest glauben. Aus diesem Geist entstand auch die so genannte „Schuldenbremse“. Was sich erst einmal toll anhört – dem Staat das Schuldenmachen zu verbieten – ist in Wahrheit ein gigantisches Kürzungsprogramm, dessen Folgen wir heute noch gar nicht absehen können. Zwar ist die von SPD, CDU,

FDP und Grünen beschlossene Schuldenbremse offiziell noch gar nicht in Kraft, doch vom Senat wird sie bereits freiwillig eingehalten. Seitdem gibt es für den Finanzsenator nur noch eine Möglichkeit, für dringend benötigte Neuanschaffungen oder Sanierungen an Geld zu kommen: es an anderer Stelle zu streichen. Wenn sich die Stadt eine Elbphilharmonie gönnt, dann hat sie eben kein Geld mehr, die Orgel der Laeiszhalle zu reparieren.

Oft zeigen sich solche Sparmaßnahmen im Alltag nicht, sondern erst dann, wenn es brennt. Die vielen Zugausfälle in letzter Zeit? Haben ihre Ursache in fehlenden Investitionen am Schienennetz, sagen Fachleute. Im schlimmsten

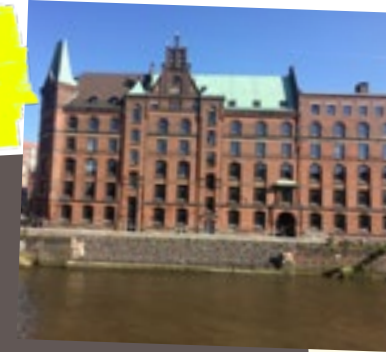
Fall sind fehlende Investitionen sogar lebensgefährlich. Dann nämlich, wenn sie die Substanz so sehr schwächen, dass – beispielsweise wie in Genua – eine ganze Brücke einstürzt.

Dass Verschuldung den kommenden Generationen gegenüber ungerecht sei, ist das Hauptargument der Schuldenbremse-Fans. Aber ist es gerechter, kommenden Generationen kaputte Straßen, Gebäude und Brücken zu überlassen? DIE LINKE meint: Es ist nicht nur ebenso ungerecht. Es ist auch finanzpolitischer und betriebswirtschaftlicher Unsinn. Denn wo Investitionen ausbleiben, entstehen Schäden. Und die Kosten für die Reparaturen sind oft um ein Vielfaches höher als die für Investitionen.

BROCKET

Beispiel Speicherstadt

Seit Jahren bröckeln die Kaimauern der Speicherstadt vor sich hin. Doch bis sich der Senat aufraffte, Geld für eine Sanierung zu bewilligen, dauerte es eine gefühlte Ewigkeit. Inzwischen wird klar: Durch die Verzögerung sind die Kosten erst richtig in die Höhe geschossen! Und wie es aussieht, macht der Senat jetzt an anderer Stelle genau so weiter. Denn auch am Altonaer Fischmarkt und in anderen Bereichen des Hafens sind die Kaianlagen marode – ohne dass eine Sanierung in Sicht ist.



Beispiel Brücken

In keinem Bundesland (außer im Saarland) ist der Zustand der Brücken so schlecht wie in Hamburg. Dies geht aus der jüngsten Benotung der deutschen Brücken durch die Bundesanstalt für Straßenwesen hervor. Die als sanierungsbedürftig eingestufte Brückenfläche stieg in den letzten vier Jahren auf fast 50 Prozent an.



Beispiel Standesämter

In Hamburg heiraten, das ist derzeit ganz schwierig. Denn die Standesämter haben nicht genügend Personal! Wartezeiten von mehreren Monaten bis zu einem Jahr sind inzwischen Alltag in Hamburg. Immer mehr Brautpaare heiraten deshalb in Schleswig-Holstein oder Niedersachsen.

Beispiel Gesundheit

Immer prekärer ist die Lage in Hamburgs Krankenhäusern. Weil die Stadt zu wenig Geld für nötige Investitionen zur Verfügung stellt, sparen die Kliniken am Personal und zweckentfremden andere Gelder für Investitionen. Eine Anfrage der Fraktion DIE LINKE brachte erst kürzlich große Lücken in der Notfallversorgung ans Licht.



Beispiel Straßen

In Hamburg sind 40 Prozent der Hauptstraßen in einem schlechten Zustand, geht aus dem Straßenzustandsbericht hervor. Bei den Bezirksstraßen sind es sogar 62,3 Prozent. Doch nachdem die Stadt 2016 noch 49,6 Millionen Euro in den Erhalt der Straßen steckte, sanken die Investitionen 2018 auf 17,8 Millionen Euro.



Beispiel Friedhöfe

„Unterhaltung und Pflege der Friedhöfe sind nicht bedarfsgerecht ausfinanziert“ – so steht es im aktuellen Jahresbericht des Landesrechnungshofs. Die Folge der Unterfinanzierung sind verfallene Kapellen und Leichenhallen, zum Beispiel auf dem bezirklichen Friedhof in Bergedorf.



Beispiel Universität

Uni-Gebäuden einen erheblichen Modernisierungs- und Sanierungsbedarf. Insbesondere wird der Gebäudezustand auf dem Campus Bundesstraße als „komplex und risikobehaftet“ bewertet. Auch das Audimax muss saniert werden. Der Philosophenturm soll zwar jetzt neu gemacht werden werden. Doch nur mit erheblichen Verzögerungen. Um alle Gebäude auf Vordermann zu bringen, müssten laut Gutachten bis zu 500 Millionen Euro investiert werden!



Ein bisschen mehr ist nicht genug

Bürgermeister Peter Tschentscher hat gewaltige Mehrausgaben für Personal und Investitionen angekündigt. Doch bei näherem Hinsehen entpuppt sich das als Trickserie mit Zahlen

Das schien ja mal eine faustdicke Überraschung zu sein, die Finanzsenator Andreas Dressel und Bürgermeister Peter Tschentscher Mitte August auf einer Pressekonferenz im Rathaus verkündeten. Eine Milliarde Euro mehr wolle die Stadt in Zukunft ausgeben, um etwas gegen Personalmangel und Investitionsstau in Hamburg zu tun. Die wachsenden Aufgaben der wachsenden Stadt sollten sich nun auch endlich in wachsenden Ausgaben niederschlagen, versprochen die beiden SPD-Politiker. Sollte die verheerende Kürzungspolitik der letzten Jahre damit endlich Vergangenheit sein?

In der Tat ist die Sache ja auch eigentlich ganz einfach: Wenn mehr Menschen in einer Stadt leben, dann steigen die Einnahmen. Denn die Neuen zahlen ja auch Steuern und Abgaben. Gleichzeitig wachsen aber auch die Aufgaben. Gibt es mehr Kinder, muss es mehr Kita-Plätze geben. Gibt es mehr Menschen, die den HVV nutzen, muss es mehr Busse und Bahnen geben. Gibt es mehr Alte und Kranke, müssen auch Pflegeheime und Krankenhäuser mehr werden. Die Stadt Hamburg ist in den vergangenen Jahren um 100.000 Menschen gewachsen. Doch die Ausgaben waren in den vergangenen Jahren stets nur minimal gestiegen. So kam es, dass die öffentlichen Angebote immer schlechter wurden.

„Wir begrüßen die Erhöhung der Investitionen“, kommentierte Norbert Hackbusch, haushaltspolitischer Sprecher der Fraktion DIE LINKE, zunächst die angekündigten Mehrausgaben: „Jahrelang haben wir uns den Mund fusselig geredet und sehen uns jetzt bestätigt.“ Doch es dauerte nicht lange, bis sich herausstellte, dass vieles von dem, was Tschentscher & Co. da angekündigt haben, nicht hält, was es verspricht. „Damit lassen sich bestimmte Fehlentwicklungen abbremsen – mehr nicht“, sagt Hackbusch.

Eine Milliarde mehr? Schön wärs!

„Die Koalition behauptet, es habe eine sachgerechte Einbeziehung einer Wachstumskomponente in die Haushaltsplanung gegeben. Dies ist offenkundig unzutreffend“, schreiben die Ökonomen Joachim Bischoff und Bernhard Müller in einer Analyse der Senatsbeschlüsse. „Bestimmte Bevölkerungsgruppen wurden von der Anpassung ausgeschlossen. Neben den Problemen der benachteiligten Quartiere wurden vor allem die von der sozialen Spaltung betroffenen Bevölkerungsteile ignoriert.“

Das wurde auch deutlich, als die Fraktion DIE LINKE wenige Wochen nach der Dressel-Tschentscher-Ankündigung deren Aussagen mit



gleich zwei parlamentarischen Anfragen überprüft. Ist tatsächlich geplant, die soziale Infrastruktur zu stärken, fragte DIE LINKE den Senat. „Das Ergebnis war ernüchternd“, kommentierte Mehmet Yıldız, Sprecher für Kinder und Sport, nach Auswertung die Ergebnisse. „Lediglich für die Eltern-Kind-Zentren gibt es Pläne zum Ausbau.“ Sabine Boeddinghaus, Sprecherin für Jugend und Familie, ergänzt: „Weder konnte uns der Senat sagen, wo das zusätzliche Geld für die Offene Kinder- und Jugendarbeit zu finden sein soll, noch werden die Bedarfe der Elternschulen, der Erziehungsberatungsstellen oder Kinder- und Familienzentren tatsächlich angepasst. Hier hat der Senat scheinbar mit Fake-News gearbeitet, um den fraktionsübergreifenden Protest der Bezirke zu unterlaufen.“

MIETPREISE

SCHLUSS MIT DER ABZOCKE! KEINE PROFITE MIT DER MIETE!

Mit Tricks versuchen Wohnungsunternehmen wie Vonovia Mieterhöhungen durchzusetzen. Doch in den Stadtteilen regt sich Widerstand

Steilshoop ist ein Stadtteil, der bisher nicht für hochpreisiges Wohnen bekannt war. In der ab 1969 entstandenen Großwohnsiedlung leben 20.000 Menschen. Ein Viertel davon ist auf staatliche Leistungen angewiesen. 2.100 der rund 8.700 Wohnungen im Stadtteil gehören der Vonovia SE, einem börsennotierten Unternehmen. Lange Zeit vernachlässigte diese Vermieterin die Wohnungen. Notwendige Instandsetzungs- und Reaparturarbeiten, die zur Pflicht einer jeden Vermieterin gehören und die nicht auf die Miete aufgeschlagen werden dürfen, wurden nicht gemacht. Dafür hat Vonovia jetzt angefangen, Wohnungen umfassend zu sanieren und zu modernisieren – denn diese Kosten dürfen auf die Mieter_innen umgelegt werden. Eine doppelte Strafe für mehrere hunderte Mieter_innen: Jahrelang wird nicht repariert und instandgesetzt, jetzt drohen ihnen drastische Mieterhöhungen von bis zu 160 Euro monatlich.

Soziale Katastrophe

Im Frühjahr 2017 haben sich etliche Mieter_innen zusammengeschlossen zur Mieterinitiative Steilshoop. Sie wollen sich die Mieterhöhungen nicht gefallen lassen. Pierre Endries, Mitbegründer



Drastische Mieterhöhungen kannten wir bislang vor allem aus der Innenstadt und aus Szenevierteln. Inzwischen sind auch immer häufiger Hochhaussiedlungen betroffen.

der Initiative klagt: „Der Stadtteil steht vor der sozialen Katastrophe. Die zu-meist ohnehin einkommensschwachen Steilshooper_innen können nicht bis zu 160 Euro mehr Miete im Monat zahlen.“



Die „Mieterinitiative Steilshoop“ wehrt sich gegen ungerechtfertigte Mieterhöhungen unter anderem durch den Konzern Vonovia.

Er beklagt vor allem die üblen Tricks der Vonovia: „Vonovias Methode ist es, Instandsetzungen zu Modernisierungen zu erklären. Alte und morsche Fenster werden ausgetauscht. Diese Reparatur wird dann zur energetischen Sanierung erklärt und mit jährlich 11 Prozent von den Gesamtkosten auf die Miete draufgeschlagen. Das ist eine Sauerei und nicht zulässig.“ Auch undurchsichtige Betriebskostenabrechnungen der Vonovia seien häufig versteckte Mieterhöhungen. Um die Nachbarschaft zu informieren, macht die Initiative Infostände im Viertel und organisierte im Sommer ein Grillfest. Im April übergab sie über 400 Unterschriften an Vonovia mit Forderungen nach transparenten Nebenkostenabrechnungen, Instandsetzung und gleichbleibenden Mieten bei guter Objektpflege. Die Initiative konnte inzwischen einige Erfolge für sich verbuchen: Durch den Druck von unten verhandelt Vonovia jetzt mit dem Hamburger Mieterverein über eine Rahmenvereinbarung zum Umgang mit Modernisierungsmaßnahmen und Härtefällen.

Vonovia in Steilshoop ist kein Einzelfall. In ganz Hamburg sind die Mieten in den letzten zehn Jahren um 25 Prozent gestiegen. Dieser Anstieg ist nicht naturgegeben, sondern das Ergebnis einer falschen Politik! Die verschiedenen Hamburger Stadtregierungen verfolgen seit Jahrzehnten die Strategie, Wohnviertel mit einkommensschwacher Bevölkerung „aufzuwerten“. In der Regel werden diese Viertel dann attraktiv für Menschen mit höherem Einkommen, während die Altbewohner_innen die höheren Mieten nicht mehr zahlen können und verdrängt werden. So geschehen in St. Georg seit dem Ende der 90er Jahre oder in Wilhelmsburg mit dem noch vom CDU-Senat initiierten „Sprung über die Elbe“.

Neubau-Effekt verpufft

Der rot-grüne Senat brüstet sich gerne damit, dass seit die SPD wieder Regierungsverantwortung habe, jährlich tausende Wohnungen in Hamburg neu gebaut würden. „Den Wohnungsbau voranzutreiben war ein notwendiger und überfälliger Schritt. Da der Senat jedoch mehr als zwei Drittel der Neubauten freifinanziert oder im Eigentum entstehen ließ, sind die Wohnungen viel zu teuer und wurde der Mietenwahnsinn vorangetrieben“, kritisiert Heike Sudmann,

wohnungspolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE. Viele Wohngebiete, in denen vor einigen Jahren noch vor allem einkommensärmere Menschen lebten, sind mittlerweile auch für Menschen mit durchschnittlichen Einkommen quasi unbezahlbar geworden. Wer in St. Pauli eine Wohnung beziehen will, muss dafür im Schnitt 17,65 Euro pro Quadratmeter – kalt wohlgemerkt – zahlen, mehr als in Blankenese! Wenn der Senat ein ernsthaftes Interesse daran hätte, dass Wohnraum in Hamburg bezahlbar bleibt, müsste er vieles (anders) machen: Städtische Grundstücke werden nicht mehr verkauft, erst recht nicht an gewinnorientierte Unternehmen. Vielmehr werden Wohnungsbaugrundstücke im Besitz der Stadt nur noch in Erbpacht an gemeinnützige Wohnungsgenossenschaften oder -unternehmen vergeben. Die Grundstücksvergabe wird nach Vorstellung der LINKEN an die Bedingung geknüpft, dass die Miete dauerhaft niedrig bleibt und nur die Ausgaben für Bau, Instandhaltung und Verwaltung der Wohnungen abgedeckt werden. Wie das Beispiel Steilshoop zeigt, trifft die Verdrängung durch steigende Mieten längst nicht mehr nur innerstädtische Altbauviertel. Deshalb müssen in wesentlich mehr Wohnquartieren so genannte soziale Erhaltungsverordnungen eingeführt werden. Mit diesen lassen sich Modernisierungen und Umwandlungen von Miet- in Eigentumswohnungen erheblich erschweren. Überall wo es möglich ist, hat der Senat sein Vorkaufsrecht in Anspruch zu nehmen – um zu verhindern, dass Wohnhäuser an renditeorientierte Unternehmen wie Vonovia verkauft werden. Und er müsste sich auf Bundesebene für Gesetze stark machen, die Mieter_innen wirksam und nachhaltig schützen und die Möglichkeiten, mit Wohnraum Rendite zu machen, drastisch einschränken. Zum Beispiel durch die Abschaffung der Modernisierungumlage! Das alles fordern wir als LINKE in der Bürgerschaft. Solange der Senat nicht zu einem ernsthaften Politikwechsel bereit ist, werden die Mieten in Hamburg weiter in die Höhe gehen. Deshalb ist es notwendig, auf vielen Ebenen Druck aufzubauen: In den Stadtteilen, auf der Straße und im Parlament!

VOLKSENTSCHEID

„DIE PFLEGE WACHT AUF“

10.000 Unterschriften wären nötig gewesen – fast 30.000 kamen zusammen. Und das innerhalb von nur drei Wochen! Der „Volksentscheid gegen Pflegenotstand im Krankenhaus“ ist mit einem riesigen Erfolg gestartet. Die Forderung: Die Stadt Hamburg soll eine am Bedarf orientierte Personalregelung gesetzlich festlegen, damit endlich genügend Pflegekräfte, Hebammen und Reinigungskräfte in den Krankenhäusern eingesetzt werden. Dahinter steht das „Hamburger Bündnis für mehr Personal im Krankenhaus“ aus Gewerkschaften, Verbänden, Initiativen und Einzelpersonen, die sich einfach engagieren wollen. Zu letzteren gehört Florian Stender. Er selbst ist kein Pfleger, aber er kennt das Gesundheitswesen dennoch von innen: Er arbeitet bei einer Krankenkasse.



Sammelte allein mehrere tausend Unterschriften: Florian Stender vom „Hamburger Bündnis für mehr Personal in der Pflege“.

Backbord: Warum braucht Hamburg einen Volksentscheid gegen den Pflegenotstand im Krankenhaus?
Stender: In den Krankenhäusern gibt es viel zu wenig Personal. Die Beschäftigten können ihre Arbeit nicht tun, weil sie zu wenige sind. Das ist gefährlich für die Patient_innen und eine unzumutbare Belastung für die Pflegekräfte. Momentan entscheiden nicht die Bedürfnisse der Patient_innen, sondern betriebswirtschaftliche

Interessen darüber, wie viel Personal eingesetzt wird. Das muss aufhören!
Backbord: Aber der Senat hat doch angekündigt, den Pflegeberuf attraktiver machen zu wollen.
Stender: Um den Beruf attraktiver zu machen, reicht keine Image-Kampagne. Die katastrophalen Arbeitsbedingungen müssen geändert werden. Sie sind der Grund für die hohe Teilzeitquote und dafür, dass die Pflegekräfte nur wenige Jahre durchhalten und dann den Beruf wechseln. Deshalb wollen wir auch eine gesetzliche Personalregelung, die sich am tatsächlichen Bedarf orientiert. Wenn gute Pflege wieder möglich wird, wird auch der Beruf wieder attraktiv – sonst nicht. Das aber hat weder Gesundheitsminister Jens Spahn in Berlin verstanden noch Rot-Grün in Hamburg.

Backbord: Man könnte ja auch andere Rahmenbedingungen gesetzlich fest-schreiben. Momentan hört man häufig den Begriff „Personaluntergrenzen“.
Stender: Solche Untergrenzen müssen unbedingt verhindert werden, denn sie sind sehr gefährlich. Sie zementieren und legitimieren den jetzigen Zustand. Darin sind wir uns mit Gewerkschaften, Berufs- und Sozialverbänden einig. Wir haben das bei den Gesprächen im Rathaus auch sehr detailliert dargelegt. Unsere Expert_innen aus den Krankenhäusern haben den Fraktionschefs von Rot-Grün an Praxisbeispielen erläutert, wie schlecht sich die geplanten Untergrenzen auswirken und welche Verbesserungen dagegen durch unser Gesetz erreicht werden.
Backbord: Bei diesen Gesprächen hatte das Bündnis fast 30.000 Unterschriften im Rücken. Wie sind sie gelaufen?

Stender: Unsere Argumente wurden ignoriert. SPD und Grüne haben uns nicht mal ein Angebot vorgelegt. Stattdessen gab es die Ankündigung einer Klage, sollten wir bei unserem Vorhaben bleiben.
Backbord: Bisher war es meist so, dass sich Volksinitiativen nach erfolgreicher Unterschriftensammlung bald mit dem Senat geeinigt haben – zum Beispiel bei den Kitas oder beim Ganzttag an Schulen. Wird das bei der Pflege auch so sein?
Stender: Auch die Kita-Initiative wurde ja mit einer Klagedrohung unter Druck gesetzt. Da hat die Initiative dann ein sehr mäßiges Angebot angenommen, um überhaupt etwas zu erreichen. Uns müsste Rot-Grün überhaupt erst einmal ein Angebot vorlegen. Unser Eindruck ist, dass unser Gesetz insgesamt verhindert werden soll.

Backbord: Warum gibt es da so viel Widerstand?
Stender: Der Kern unseres Gesetzes ist die Bedarfsorientierung. Die Frage, wie viel Personal für wirklich gute Pflege nötig ist, wird momentan in der Krankenhausplanung nicht gestellt. SPD und Grüne kämpfen dafür, dass das so bleibt. Eine Bedarfsorientierung stünde der Profitmaximierung der Krankenhauskonzerne im Wege.
Backbord: Wie geht es nun weiter?
Stender: Wir gehen davon aus, dass Rot-Grün Klage gegen uns einreicht. Es ist ihre einzige Chance, unser Gesetz zumindest auszubremsen, denn die Bevölkerung steht in großer Mehrheit hinter uns. Das Thema soll aus dem Bürgerschaftswahlkampf herausgehalten werden. Mit dem Festhalten am Pflegenotstand lässt sich beim Wähler nicht punkten.
Backbord: Für das Bündnis heißt das, dass sich die Auseinandersetzung in die Länge zieht, womöglich um Jahre. Ist man damit als Initiative gegenüber dem Senat nicht automatisch im Nachteil?
Stender: Wir sind alles andere als allein. Wir sind Teil einer bundesweiten Bewegung. In Berlin und Bayern gibt es gleichlautende Volksentscheide, überall sind breite gesellschaftliche Bündnisse aktiv und in NRW und im Saarland sind Streikbewegungen erfolgreich. Den langen Atem haben wir. Vor ein paar Wochen hatten wir gerade eine kräftige Demonstration, das hat Mut gemacht. Wir glauben, dass die Zeit uns sogar in die Hände spielt. Denn die Pflege wacht auf. Das haben wir auch schon bei der Unterschriftensammlung gemerkt, an der sich viele Pflegekräfte und andere Krankenhausbeschäftigte beteiligt haben.
Backbord: Die Initiative hat fast die dreifache Anzahl der erforderlichen Unterschriften gesammelt. Wie ist das gelungen?
Stender: Wir glauben, dass wir mit unserem Anliegen einen Nerv in der Bevölkerung getroffen haben. Schon beim Sammeln haben wir sehr viel Feedback bekommen. Wen man auch anspricht: Alle stimmen uns zu. Die Versorgung soll sich am Bedarf orientieren, nicht an der Betriebswirtschaft. So einfach. Bedarfe statt Profite!
Backbord: Zustimmung ist das eine, unterschreiben aber noch einmal etwas anderes.



Aus dem Krankenhaus auf die Straße: Klinikpersonal protestiert in Hamburg für bessere Bedingungen und vor allem für mehr Personal.

Stender: Wichtig ist, nicht alles allein sammeln zu wollen, sondern immer auch andere dazu zu bewegen, ebenfalls mitzumachen. Viele habe das sehr aktiv in ihren Wohnvierteln gemacht. Ich bin auf Apotheken, Arztpraxen, Einzelhändler zugegangen und habe gefragt, ob die Listen für mich auslegen. Kurz darauf konnte man überall im Viertel, auch in Cafés und Kneipen, unterschreiben. Am Ende hatte ich so fast 3.000 Unterschriften zusammen.

Mehr Infos:
www.volksentscheid-pflegenotstand.de

KLARE KANTE GEGEN RECHTS

Warum Engagement gegen Nazis, AfD, Pegida & Co. gerade jetzt so wichtig ist

Die Zahlen sprechen eine eindeutige Sprache: Als Anfang September in Hamburg wieder einmal die Rechten aufmarschieren wollten, da kamen gerade mal 178 zu ihrer Kundgebung auf den Gänsemarkt. Gleichzeitig aber setzten mehr als 10.000 Menschen am Jungfernstieg ein Zeichen für ein buntes Hamburg!

Ein Sieg? Auf jeden Fall! Doch auch wenn unsere wundervolle Stadt einmal mehr gezeigt hat, dass sie imstande ist, sich gegen AfD & Co. zu wehren, ist nicht zu verkennen, dass die Rechten auch in Hamburg auf dem Vormarsch sind. Bei der Vernetzung und Mobilisierung spielt die AfD dabei eine immer wichtigere Rolle. Ganz offen schürt sie den Hass gegen Andersdenkende. Ins Visier der AfD-Hetze gerieten neben Grünen-Abgeordneten auch schon Landesbischöfin Kisten Fehrs, Ex-Bürgermeister Ole von Beust, eine Journalistin der „taz“ und die LINKEN-Abgeordnete Christiane Schneider. Unter einem Hashtag twittert die AfD regelmäßig Polizeimeldungen über Verbrechen, bei denen es ausländische Verdächtige gibt (Verbrechen von Deutschen verschweigt sie natürlich). Wegen vermeintlicher Diskriminierung von AfD-Positionen an Schulen richtete sie eine Denunziations-Seite im Internet ein. „Im Netz sät die AfD den Hass, der sich auf der Straße entladen soll“, sagt Christiane Schneider. Dagegen gibt es nur eins: Wenn die Rechte wieder auf die Straße geht, dann müssen auch wir wieder raus. Am besten wieder in 50-facher Überzahl!



Mehr als 10.000 Menschen protestierten Anfang September in Hamburg gegen Rechts – natürlich auch die Fraktion DIE LINKE.

GEGEN DAS STERBEN IM MITTELMEER

Hamburg muss ein sicherer Hafen für Menschen in Not sein



16.400 Menschen kamen zur „Seebrücke“-Demonstration für sichere Fluchtwege und gegen die Kriminalisierung der Seenotrettung.

Muss man Menschen, die sich in Seenot befinden, retten? Was für eine Frage! Selbstverständlich muss man das. Spielt es dabei eine Rolle, welche Herkunft, Hautfarbe oder Religion die Schiffbrüchigen haben? Selbstverständlich nicht. So war es schon immer auf See und so muss es selbstverständlich auch bleiben. Nirgendwo weiß man das besser als in einer Hafenstadt wie Hamburg.

Dass in letzter Zeit über diese Frage überhaupt ernsthaft diskutiert wurde, zeigt wie verroht die politische Kultur inzwischen ist. Die Regierungen von Italien und Malta kriminalisieren allen Ernstes Seeleute, weil sie Flüchtlinge gerettet haben! Dass Rechtsaußen-Politiker wie Seehofer, Salvini & Co. wollen, dass nur gerettet wird, wer (in ihren Augen) auch Rettung verdient: Das ist nicht nur falsch, es ist unhanseatisch und es ist auch noch illegal. Dutzende europäische Städte haben inzwischen erklärt, dass sie sich an dieser menschenverachtenden Politik nicht beteiligen wollen. Sie wollen alles tun, um Menschen zu retten, die in Seenot sind. Sie wollen „sichere Häfen“ sein. Vorgeprescht sind dabei die Städte Bonn, Köln und Düsseldorf, dutzende weitere – von Bremen bis Rostock – haben sich inzwischen ebenfalls zu „sicheren Häfen“ erklärt. Darf Hamburg in dieser Reihe fehlen? DIE LINKE meint: selbstverständlich nicht!

IMPRESSUM

Backbord – Zeitung der Fraktion DIE LINKE in der Hamburgischen Bürgerschaft

Rathausmarkt 1 • 20095 Hamburg • Telefon: 040 – 42831-2250

E-Mail: info@linksfraktion.hamburg.de

Web: www.linksfraktion-hamburg.de

Twitter: twitter.com/linksfraktionhh

Facebook: fb.com/Fraktion.DIELINKE.Hamburg

Instagram: instagram.com/linksfraktionhh

V.i.S.d.P.: Heike Sudmann • Rathausmarkt 1 • 20095 Hamburg

Gestaltung: Karin Desmarowitz • www.karindesmarowitz.de

Fotos: Karin Desmarowitz (Seite 2+3: Soziales, Kultur, Beschäftigte, Kinder u. Jugendliche • Seite 4+5: Straßen, Gesundheit, Speicherstadt • Seite 8: Seebrücke Hamburg | Die Linke (Seite 2: Fraktionsvorsitzende • Seite 4: Schulen • Seite 8: Gegen Nazis) | flickr/Erkan Sibka/CC BY-NC-ND 2.0 (Seite 2: Sport) | Mieterinitiative Steilshoop (Seite 6) | pixabay (Seite 4: Standesämter) | privat (Seite 7: Porträt) | Harald Singler (Seite 7: Demo) | Wikipedia/Jivee Blau/CC BY-NC-ND 3.0 (Seite 3: Umwelt) | Wikimedia/Dirk Franke, Southpark/CC BY-NC-ND 3.0 (Seite 4: Universität) | Wikimedia/Gudrun Meyer/CC BY-NC-ND 3.0 (Seite 4: Friedhöfe) | Wikipedia/Emma7stern/CC BY-NC-ND 3.0 (Seite 5: Brücken) | Wikipedia/flamenc/CC BY-NC-ND 3.0 (Seite 6: Steilshoop Borcherting)

DIE LINKE.
Fraktion in der
Hamburgischen Bürgerschaft